

blickpunkt

Nr. 249
September 1991

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

Kein gutes Pflaster für Radfahrer

Schon zweimal innerhalb eines Jahres hat die DKP-Fraktion im Stadtparlament einen Antrag vorgelegt mit der Intention der Verbesserung der örtlichen und überörtlichen Radwege und ihrer Beschilderung. Mit dem ersten Antrag vom August vorigen Jahres sollten die noch im Haushalt unter dem Titel "Radwegebau" vorhandenen 160.000,— DM nicht vom Kämmerner gestrichen, sondern auch dafür eingesetzt werden.

Es wurde vorgeschlagen ein Konzept zu erarbeiten um die Verbesserung der örtlichen Radwege, mit der entsprechenden Ausschilderung, zu gewährleisten. Ferner sollte die Verwaltung aufgefordert werden mit dem Kreis Verbindung aufzunehmen um das überörtliche Radwegenetz zu verbessern und eine Radwegeplanung auf Kreisebene durchzuführen bzw. auf den neuesten Stand zu bringen.

Für diesen Antrag fand sich keine Mehrheit im Parlament, nach der Ablehnung von SPD und Grüner Bürgerliste in den Ausschüssen. Die DKP-Fraktion hat aufgrund dessen den Antrag zurückgezogen, um ihn erneut zur Haushaltsplanberatung 1991 im November zu stellen. Auch

nach der erneuten Beratung war kein Entgegenkommen von Seiten der SPD und GBL festzustellen, lediglich die Aufforderung an die Verwaltung, mit dem Kreis Verbindung aufzunehmen, wurde einstimmig angenommen. Es wurde auf die Detailverkehrsplanung hingewiesen und somit liegt die Sache auf Eis. Nach einer kürzlichen Rückfrage, war vom Bürgermeister zu hören, daß im Rathaus für die Planung und das Aufstellen von Schildern keine Zeit sei und man sehr wahrscheinlich ein Planungsbüro

hiermit beauftragen müsse. Dabei könnte manches doch viel einfacher erledigt werden.

Was Radwege angeht ist die Stadt Mörfelden-Walldorf und der gesamte Kreis Groß-Gerau, Entwicklungsland. In unserer Stadt hat man kein Konzept. Da gibt es einzelne Radwegestücke die dann plötzlich aufhören. Es gibt keine durchgehenden, bis ins Ziel markierte Radwegeverbindungen z.B. zum Friedhof, nach

(Fortsetzung nächste Seite)



Im gesamten Stadtgebiet von Mörfelden-Walldorf gibt es im Verlauf von Radwegen keine Randsteinabsenkungen wie in anderen Städten üblich. Jugendliche, wie auf unserem Bild im Bereich Bachgasse, schaffen das noch hierdrüber zu fahren. Mütter mit Kind auf dem Sozius und Einkaufstaschen am Lenker haben hier schon ihre Schwierigkeiten.

Mönchbruch, zum Badesee, zum Wiesenthal, ins Industriegebiet, zum Naturfreundehaus usw. Aber auch die Radwege in die Nachbargemeinden, oder zu deren Erholungsgebieten fehlen bzw. sind in sehr schlechtem Zustand, wie in Richtung Egelsbach kurz vor und hinter der Autobahnbrücke.

Auch fehlt jegliche Beschilderung für solche Radwege. Ja noch nicht einmal der Weg in den anderen Stadtteil, von Mörfelden nach Walldorf oder umgekehrt, ist in Ordnung. Der Weg entlang der B 44 ist schlecht und der Weg entlang dem Vitrollesring hört an der Bebauungsgrenze im Stadtteil Walldorf plötzlich auf, obwohl man ihn damals beim Bau der Strecke ohne Mühe hätte herstellen können, denn die Breite ist vorhanden.

Hinzu kommt noch, daß im gesam-

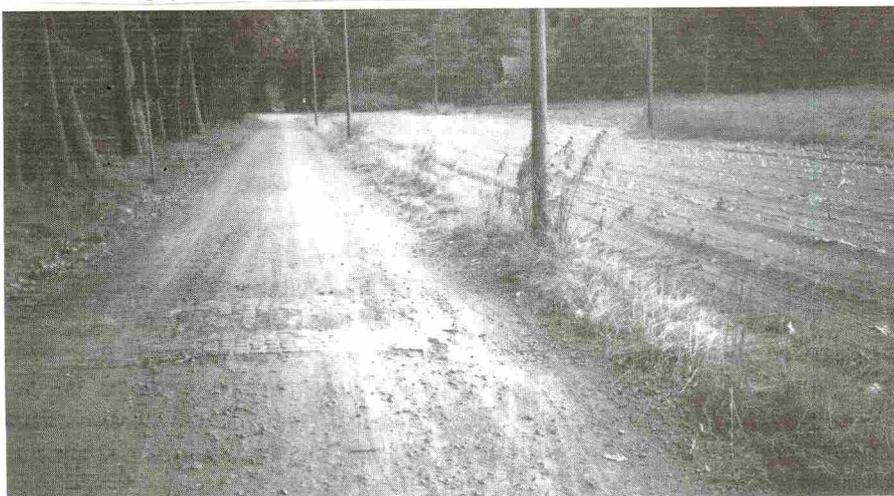
ten Stadtgebiet keinerlei Randsteinabsenkungen vorhanden sind. Bis dato wurde in unserer Stadt an so etwas noch nicht gedacht, wo man in anderen Städten schon vor Jahren (z.B. in Rüsselsheim) diese Erleichterung für die Radfahrer geschaffen hat. Als Übergangslösungen könnte man an einigen Stellen auch jetzt noch mit einer Schaufel Beton, eine Angleichung schaffen.

Wenn man dieses komplexe Thema in den Gremien der Stadt anschnitten hört man von sozialdemokratischer und grüner Seite immer wieder die Worte "da bin ich schon seit Jahren dahinter her" - nur es geschieht nichts für die Radfahrer in dieser Stadt und in diesem Kreis, wo die SPD doch schon seit jeher die Mehrheit hat. Grobe Worte und Klagen über so viele Autos auf den Straßen helfen da nichts. Es muß mehr für die Radfahrer getan werden.

Heinz Hechler



Auf diesem Streifen entlang der Langener Straße, dicht neben den schweren Lastwagen, ist es lebensgefährlich, mit dem Fahrrad zu fahren. Wer zum Naturfreundehaus will, muß entweder durch das Industriegebiet fahren und steht dann am Hotel Europa ewig, um über die Straße zu kommen, oder er muß über immer schlechter werdende Feld- und Waldwege fahren. Siehe unteres Bild.



Konzessionsabgabe kein Geschenk der HEAG

In diesen Tagen ist viel über die künftige Konzessionsabgabe unseres hiesigen Strondlieferanten, der HEAG, an die Gemeinden die Rede. Von den Stadtoberen, Brehl und Vorndran, noch unterstützt, stellt es die Presse oft so dar, als hätten wir ein Geschenk zu erwarten, denn nach Zustimmung der städtischen Gremien zu dem Konzessions- und Beleuchtungsvertrag, sollen jährlich 1,8 bis 2 Millionen Mark in die Stadtkasse fließen. Keiner hat bisher danach gefragt, wo denn die Mittel plötzlich her kommen. Es muß doch klipp und klar ausgedrückt werden, daß wir alle, nämlich die Stromverbraucher, in unserer Stadt und in all den Gemeinden und Städten zwischen Main und Neckar, das Geld erst einmal aufgebracht haben. Anscheinend hat doch die HEAG von uns die ganzen Jahre über überhöhte Preise verlangt. Aber das können sich die Herren im Vorstand und Aufsichtsrat ja erlauben, wenn man ihnen durch langfristige Verträge mit Haut und Haaren ausgeliefert ist.

Langfristige Verträge und zwar auf 20 Jahre werden auch jetzt wieder abgeschlossen. Da kann man nur sagen gute Aussichten, denn aus dem "HEAG-journal", der Kundenzeitschrift dieser Gesellschaft, ist zwischen den Zeilen bereits die nächste Strompreiserhöhung zu lesen. Dort steht über die Millionen, die sie an die Städte und Gemeinden zu zahlen hat: "Dank der gesunden wirtschaftlichen Lage der HEAG und ihrer fortgesetzten Bemühungen, alle vorhandenen Rationalisierungsreserven auszuschöpfen, wird es gelingen, notwendige Anpassungen der Strompreise in engen Grenzen zu halten". Ferner wird von handfesten Vorteilen gesprochen "durch die vertragliche Bindung der Gemeinden auf 20 Jahre ist nicht nur die Existenz der HEAG auf Jahre gesichert, es läßt sich damit auch langfristiger und damit kostengünstiger planen." Übrigens: Konzessionsabgaben sind eigentlich nicht mehr als recht und

(Fortsetzung nächste Seite)

AUS EINEM FLUGBLATT DER
FRIEDENSINITIATIVE
MÖRFELDEN-WALLDORF

*Ich habe meinen Sohn zum Krieg nicht
erzogen,
ich zog ihn auf als Stolz und Freude
meiner alten Tage.
Wer wagt es, ihm die Waffe in die
Hand zu drücken,
Auf daß er einer andern Mutter teures
Kind erschiesse?
Es ist die höchste Zeit, die Waffen
wegzuwerfen!
Es würde niemals einen Krieg mehr
geben,
wenn alle Mütter in der Welt es
schreien würden!
Ich habe meinen Sohn zum Krieg nicht
erzogen!*

*(von einer unbekanntem Mutter aus dem
ersten Weltkrieg)*

ANZEIGE

DRITTE WELT EINE WELT

Ein Land wirklich kennenlernen
17 Tage Chile in Kleingruppe

Leute kennenlernen - spanisch
lernen
bei netten Menschen wohnen
Programm nach persönlichen
Interessen - Reiseleitung
Konsequenzen 500jähriger
Ausbeutung hautnah erleben.

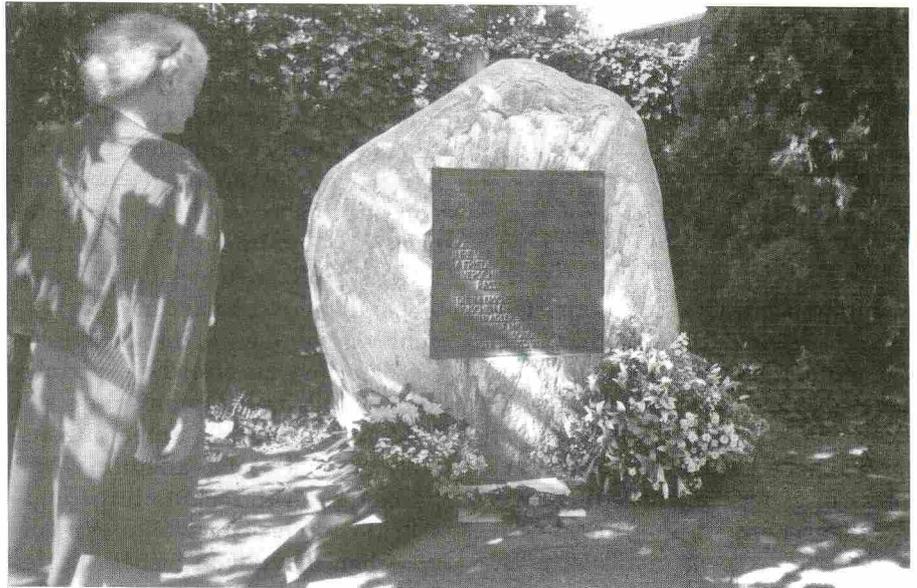
Informationen anfordern bei:

Valparaiso-Reisen GmbH

Im Eichbusch 3,
6080 Groß-Gerau
Tel.:06152/83490

billig, es handelt sich um eine Art
"Wegerecht", denn die Gesellschaft
kann Straßen und Wege der Stadt
benutzen, um etwas an ihre Kunden,
die Bürger, zu verkaufen. Eine solche
Einnahme konnte seither die Stadt
Darmstadt und weitere elf Gemein-
den des Versorgungsgebietes einstre-
ichen, den übrigen war es durch eine
Regelung, aufgrund einer Verord-
nung von 1941, nicht möglich.

Heinz Hechler



1. September 1991, "Antikriegstag".
Die "Friedens-Initiative", das DGB-Ortskartell und die DKP-Mörfelden-Walldorf
legen Blumen an Gedenkstätten für die Opfer des Faschismus nieder.
Unser Foto: Mitglieder und Freunde der DKP, bei der kleinen Gedenkfeier.

Im Oktober 1991 erscheint der 250. »blickpunkt«.

*Zur Geburtstagsfeier am 1. November
laden wir ab 19 Uhr
herzlich ins Bürgerhaus Mörfelden ein!*

DKP Mörfelden-Walldorf

Die Kommunisten, die Perestrojka und die jüngsten Entwicklungen

Kommunisten gibtes in unserer Stadt, in den ehemaligen selbständigen Gemeinden Mörfelden und Walldorf schon seit Ende des I. Weltkrieges. Es waren meist Arbeiter, Gewerkschafter, einfache Leute, die für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen kämpften und die darauf setzten, das kapitalistische System zu überwinden. Die Kommunisten von gestern und die von heute, sahen in der Gründung der Sowjetunion, dem ersten Staat, der die Geldsäcke, den Adel entmachtete, einen wichtigen Schritt in eine gerechtere Welt.

Der Zerfall der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ruft deshalb, nicht nur bei uns, Bestürzung hervor. Das Kapital triumphiert, es scheint, daß die Ergebnisse der Oktoberrevolution von 1917 endgültig beseitigt werden. Wir deutschen Kommunisten haben in der Sowjetunion die Hauptkraft des revolutionären Weltprozesses gesehen, deren Völker die

entscheidende Rolle bei der Zerschlagung des Hitlerfaschismus spielten und der das Hauptverdienst für die Erhaltung des Friedens gebührt.

Als 1985/86 die Politik der Perestrojka mit dem Ziel begonnen wurde, die wirtschaftlichen, sozialen, demokratischen und kulturellen Verhältnisse in der UdSSR umzugestalten, um eine wesentliche Verbesserung der Lebensbedingungen für die sowjetische Bevölkerung zu erreichen, verfolgten wir dies mit Optimismus. Wir fanden eine Politik unterstützenswert, die eine atomwaffenfreie Welt herbeiführen und echte Abrüstungsschritte durchsetzen wollte. Wir versprachen uns davon Sicherung des Friedens für alle und Stärkung der Positionen des Sozialismus, weil durch Abrüstung enorme Mittel frei werden können für die Verbesserung sozialer und kultureller Lebensverhältnisse.

Viele von uns stellen mit Bitternis die Frage, was denn aus jahrzehntelangem Kampf herausgekommen ist. Ich bin davon überzeugt, daß ohne sozialistische Sowjetunion und durch Existenz anderer sozialistischer Länder die Völker der "3. Welt" nicht in der Lage gewesen wären, das imperialistische Kolonialsystem zu zerbrechen und die politische Unabhängigkeit ihrer Staaten durchzusetzen.

Ohne sozialistische Militärmacht wäre der Hitler-Faschismus nicht zerschlagen worden. Und auch die Arbeiterklasse in den entwickelten kapitalistischen Ländern hätte dem Profitsystem nicht den Lebensstandard und die demokratischen Rechte abringen können, die sie heute real erreicht hat.

Der Versuch Michail Gorbatschows, die Sowjetunion von einem bürokratisch-administrativen in einen neuen, demokratischen Sozialismus umzuwandeln, dieses Ziel von Perestrojka und Glasnost ist gescheitert. Der Weg zur Einführung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse wird eingeschlagen, das ist jetzt offenkundig. Aber auch die Menschen in der Sowjetunion werden spüren und spüren es zum Teil heute schon, was bei uns viele längst erkannt haben: Dieser Kapitalismus kann nicht ein einziges Problem auf Dauer lösen. Seine Lösungen - reiche Konsumgesellschaften in wenigen Ländern des Nordens bei Ausplünderung der Dritten Welt - bedeuten für Zweidrittel der Menschheit Armut, Hunger und Elend. Wer diese ungerechte Welt verändern will, der darf nicht aufhören Wege zu suchen, die diese Veränderung ermöglichen. Und hier sind, auch in unserer Stadt, nicht nur die Kommunisten angesprochen. rh

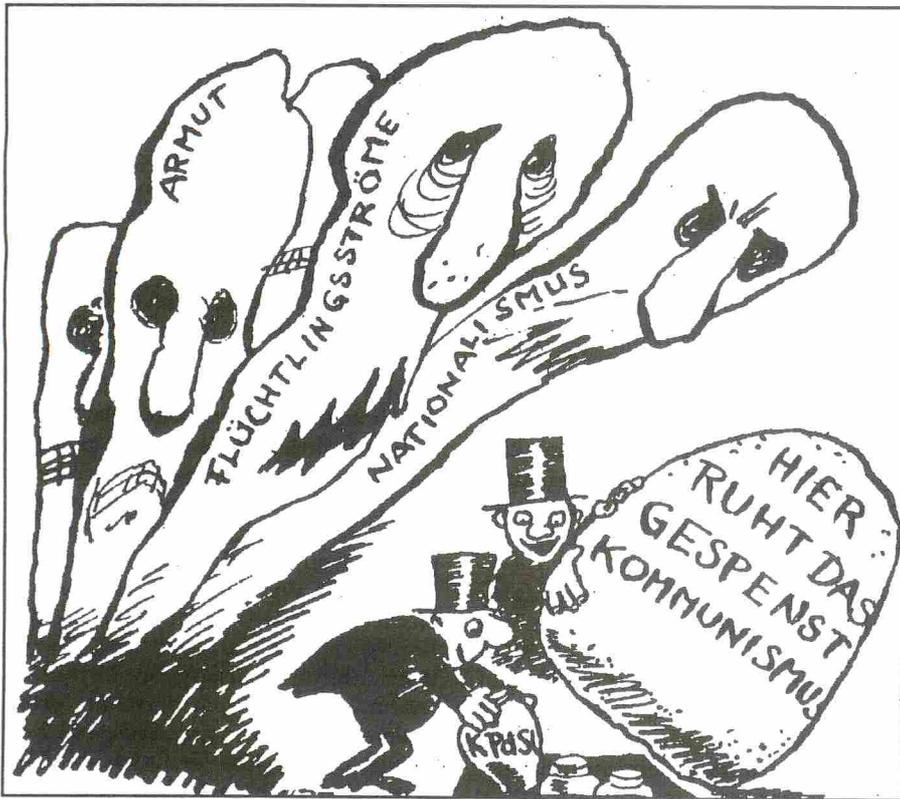


Ich finde, der Traum fängt erst richtig an

Günther Wallraff, 48, der seit vielen Jahren in immer anderer Rollen schlüpft sagte in einem Interview mit dem "Neuen Deutschland", deutlich seine Meinung über Neokolonialismus in Deutschland, Menschenrechte, Menschenwürde, menschliche Qualitäten, Herzensbildung und Herzenskälte hier wie anderswo. Wallraff bekennt sich wieder als Sozialist. Nachstehend einige Passagen aus dem Interview:

Wie sieht der Schriftsteller Günther Wallraff den dramatischen Prozess der deutsch-deutschen Vereinigung?

"Da fällt mir ein Lateinsatz immer wieder ein: "vae victis" - "Wehe den Besiegten", oder ein Buchtitel meines



Kollegen Dieter Wellershoff: "Der Sieger nimmt alles". Da sehe ich wirklich Chancen vertan. Und inzwischen sehe ich diejenigen, die die Revolution gemacht haben, die dafür gekämpft haben, die dafür gelitten haben, die sehe ich wieder mal über den Rand gedrängt. Es ist eine Form von Neokolonialismus, die sich dort abspielt, eine tabula rasa. Sie ignoriert in der Form alles, was Menschenrechte, was Menschenwürde und soziale Sicherheit betrifft."

Die Sozialämter sind voll, die Ar-

beitsämter haben Hochkonjunktur, eine ganze Volkswirtschaft wird abgewickelt. Sind das die Geburtswehen einer sich entwickelnden freien Gesellschaft?

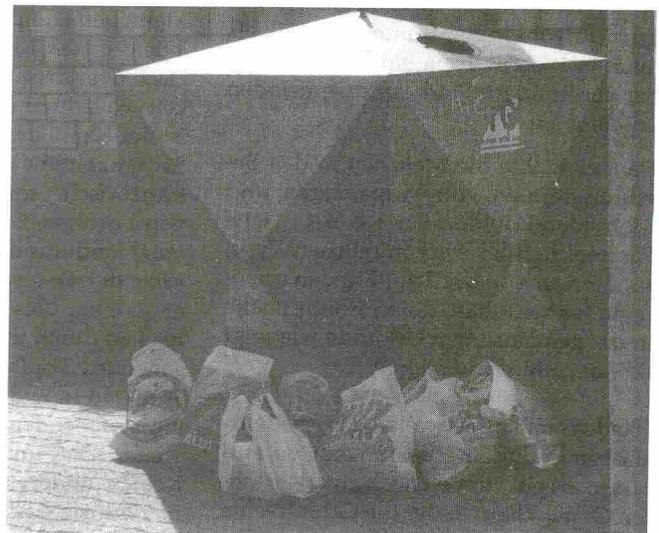
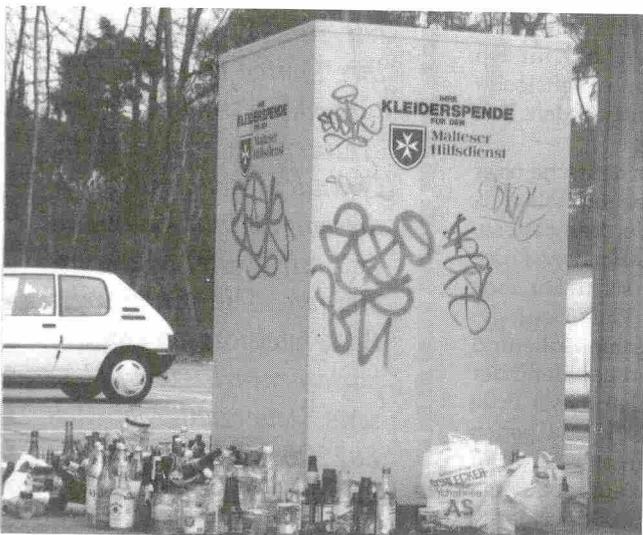
"Geburtswehen sicher nicht, denn das wäre eine kurze, schmerzhaft aber befreiende Phase. Statt dessen findet im Osten ein Ausbluten von Strukturen statt, und es entsteht ein Armenhaus und Altersheim Deutschlands."

Die Linke in Deutschland in all ihren Facetten stand und steht den Entwicklungen zur und nach der

Vereinigung recht kopflos gegenüber. Hat sie völlig abgewirtschaftet in diesem Land?

"Was heißt die Linke? Es gab sie ja eigentlich nie. Es waren immer sehr unterschiedliche, widerstreitende, manchmal auch sich diffamierende Fraktionen und Gruppierungen. Es gab auch viele Modelinke, die nur solange als solche verstanden werden wollten, wie es ihnen Beachtung verschaffte, wie es in und schick war. Nachdem sich der dogmatische, doktrinaire Sozialismus selbst aufgegeben hat, kann ich mich eigentlich wieder richtig als Sozialist beken-

nen. Ich hatte früher damit Schwierigkeiten, weil man sich am schlechten, nächstliegenden Beispiel messen lassen mußte. Man mußte sich rechtfertigen und wurde mit etwas belastet, womit man nichts zu tun hatte. Die großen Einflüsterer und die Propagandisten des großen Geldes, die natürlich auch die Medien beherrschen und die jeweiligen Parolen ausgeben, die versuchen, den Menschen einzureden, daß das mit dem Sozialismus ein für allemal vorbei sei. Aus der Traum! Ich finde aber, weltweit sind die Verhältnisse so, daß der Traum erst richtig anfängt . . . die Menschheit kann nur überleben, wenn sie das Freie-Wildbahn-Prinzip, das egoistische Prinzip des Rechts des Stärkeren im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, überwindet und eine Annäherung an gleichere, herrschaftsfreie Strukturen gelingt. Wir befinden uns noch im gesellschaftlichen Steinzeitalter."



Immer wieder überfüllte Glascontainer, immer wieder Scherben und Dreck nach dem Leeren der Behälter. Notwendig bleibt die Forderung nach regelmäßiger, häufiger Leerung und ordnungsgemäßer Entsorgung.

Fällt die Friedenspartnerschaft mit Wageningen ?

Nach den letzten Verlautbarungen ist die Sache schon gelaufen. Die veränderten Mehrheitsverhältnisse in Wageningen und der Druck der hiesigen CDU haben es wohl geschafft, die in der Bundesrepublik einmalige Partnerschaft für den Frieden zwischen Wageningen und Mörfelden - Walldorf vom Tisch zu bekommen.

Als Vertreter für die DKP-Fraktion in der Kommission Friedens- und Städtepartnerschaften erkläre ich dazu :

Warum eigentlich damals Wageningen bzw. Mörfelden-Walldorf ?

Ein Vorort von Amsterdam oder gar Maastricht wäre doch bestimmt erklärbarer. Flughafennähe. Auch hat Mörfelden - Walldorf keine Universität (wie Wageningen) und mit Landwirtschaft hat unsere Stadt eigentlich auch nichts am Hut. Also warum damals Wageningen ? Der Grund lag in der damaligen Beschlußlage der Städte Wageningen und Mörfelden-Walldorf, die sich zur "atomwaffenfreien Zone" erklärt haben (damals ein wichtiger symbolischer Akt der Friedensbewegung), damals wie auch heute ein Dorn im Auge der CDU.

Wageningen hatte durch die Existenz dieser Beschlußlage von unserer Stadt erfahren und in der Tat löste diese Bewegung sowohl in der Bundesrepublik als auch in West-Europa eine Lawine aus, der sich hunderte Städte und Gemeinden anschlossen.

Damals wollte die Mehrheit in den Beschlußgremien von Wageningen und Mörfelden-Walldorf **n i c h t** eine Partnerschaft des "herkömmlichen" Typs, sondern eine speziell auf Frieden orientierte Partnerschaft, deren Hauptinhalte in der gemeinsamen Urkunde wie folgt dokumentiert sind :

"Beide Gemeinden wollen das Friedensstreben in diesem Zusammenhang aufassen als ein Streben nach einer gerechten Gesellschaft, in der die Grundrechte aller Menschen respektiert werden, Gewalt oder Bedrohung dadurch soweit wie möglich gebannt ist, jeder Mensch

eine akzeptable Ernährungsgrundlage verwirklichen kann und das Gleichgewicht zwischen Menschen und ihrer Umwelt nicht zerstört wird.

Der Partnerschaft zu Grunde liegt der Friedenswille, der sich in beiden Städten manifestiert und die feste Überzeugung, daß Kontakte von Mensch zu Mensch und von Stadt zu Stadt - bis über die Grenzen - dazu beitragen können, den Frieden zu verstärken. Auf dem langen Weg, der betreten werden muß, führen kleine Schritte zum Ziel: Die Einschränkung und endgültige Abschaffung aller Waffen. Es ist unsere gemeinsame Einsicht, daß nur die weltweite Abrüstung Grundlage des Lebens und Überlebens aller Völker sein kann."

Hat sich denn an dieser Zielsetzung etwas grundlegendes geändert? Ist der Frieden sicherer geworden (Golfskrieg, Krieg in Jugoslawien, Krieg in Korsika und Nordirland, in Kurdistan und vielleicht demnächst in Südtirol oder sonstwo)? Ist denn die weltweite Ernährungsgrundlage der Völker gesichert worden oder hat jeder ein Dach über dem Kopf? Ich könnte mich hier seitenweise über die Probleme, die es auf diesem Erdball und vor allem in der III. Welt gibt, auslassen.

Der "real-existierenden sozialistischen Länder" sind nicht mehr. Sind aber dadurch auch nur ein paar Probleme gelöst worden? Hat sich irgend etwas an der Notwendigkeit des ständigen Kampfes für den Frieden erledigt? Ist denn der Kapitalismus - jetzt wo er keinen "Gegner" mehr hat - friedliebender gegenüber den Schwachen dieser Welt geworden?

Nein! Heute muß ich für mich feststellen, daß die Wucht, mit der das System des Kapitals zuschlägt, stärker denn je ist. Nur ein kleiner Teil der Menschen auf dieser Erde genießt Wohlstand und Zufriedenheit. Der überwiegende Teil der Menschen kämpft tagtäglich ums Überleben, gegen Krankheiten und für ein Dach über dem Kopf. Von Arbeitslosigkeit wollen wir erst garnicht reden. Das ist der Kapitalismus pur.

Es ist eben nur nicht der deutsche oder französische, sondern der Kapitalismus von Portugal, Ghana oder Bangladesch, von Honduras oder Sudan usw.usf. Die Welt der Deutschen ist scheinbar eine andere auf dieser Erde. Viele Deutsche blicken durch ihre arrogante Brille und sehen sich kopfschüttelnd das Elend der Anderen in anderen Teilen dieser Erde an, sie spenden fünf Mark und gehen weiter. Daß unser Lebensstandard auf Kosten anderer Völker aufgebaut ist, merken sie bestenfalls im Supermarkt: Kiwis aus New Zealand, Bananen aus Malaysia, Ananas von Colombia oder irgendwelche Früchte vom Cape. Auf

dem Rohstoffsektor ist es ähnlich. Das Öl von "unseren verteidigten Quellen" aus Saudi Arabia und Kuwait, das Zinn aus Sambia oder das Gas aus der (noch) Sowjetunion usw. Die Veredelungsstation Deutschland zwingt dann noch die Völker zur Abnahme "ihrer" Produkte und knebelt sie mit Krediten, deren Zinslast die Völker der II. und III. Welt erdrückt. Diese Friedenspartnerschaft war ein Versuch, diesem Thema mehr Aufmerksamkeit als in anderen Partnerschaften zu widmen. Auch dieser Versuch ist kläglich (bereits nach 5 Jahren) gescheitert. Wir brauchen es eben nicht, solange der Frieden in unserem Land (noch) gewährleistet ist. Wehe, es entwickeln sich einmal hier nationalistische Strömungen dann möchte ich einmal hier die Staatsmacht sehen und ich garantiere, daß sie nicht mit Erbsen in Pistolen antworten. Nein - der Frieden ist nicht sicher und der Kapitalismus nicht menschlich geworden. Ich bin nur mal gespannt, ob in einer "normalen" Städtepartnerschaft diese Themen, überhaupt noch angesprochen werden oder ob man/frau sich überlegt, demnächst auch nach Wageningen zu jetten, um bei einem Glas Wein den Unfrieden rings herum einmal zu vergessen.

Herbert J. Oswald,
Mitglied der DKP-Fraktion (parteilos)

Na bitte . . .

Die 110 Abgeordneten des hessischen Landtags wollen zum 1. Januar 1992 ihre Diäten erhöhen. Unter anderem soll die zu versteuernde monatliche Grundentschädigung von diesem Zeitpunkt an um 460 auf 10660 Mark ansteigen. Die finanzielle Besserstellung der Landesparlamentarier wird Hessens Steuerzahler jährlich 802200 Mark kosten, die aus dem Landeshaushalt aufzubringen sind.

Nachdenken über die Zukunft der Region

Die Kommunalpolitiker werden in diesen Tagen von dicken Broschüren geradezu erschlagen. Es sind Gutachten, Untersuchungen und Pläne, erstellt von namhaften und teuren Instituten. Es geht um die Zukunft der Rhein-Main-Region, um Verkehrsprobleme, um den Weltflughafen Rhein-Main.

Nehmen wir einmal eines der Bücher in die Hand und blättern darin. Vielleicht das Gutachten des Büros "Albert Speer & Partner GmbH."

Eine Schreckensvision wird hier beschrieben, daß die Region Schaden leidet, wenn sie sich nicht gegen die europäischen Zentren Paris, Brüssel, London, als auch gegen die innerdeutschen Zentren wie Hamburg, Rhein-Ruhr, Stuttgart, München und Berlin behaupten könne.

Von den Egoismen der kleinen Städte und Gemeinden wird gesprochen, die "Kirchturmspolitik" betrieben, wo doch so hehre und große Ziele für die Zukunft anstünden.

Industrie-, Gewerbe- und Wohnbaugebiete sollten in den Randgemeinden ausgewiesen werden, damit dem Siedlungsdruck begegnet, der niederlassungswilli-

gen Industrie Behinderung genommen, die "Prosperität" nicht zum Stillstand gebracht wird.

Der Verkehr per Auto, Bahn und vor allem Luft wird erheblich zunehmen. Dafür muß Geld und Landschaft bereitgestellt, kommunaler Egoismus zurückgedrängt werden.

Die Region wird nicht eng gefaßt. Mit der Aussage: "Innerhalb einer Stunde läßt sich mit den neuen ICE-Zügen bereits Kassel und auch fast Stuttgart erreichen", wird propagiert, daß mit den öffentlichen Verkehrsmitteln (vor allem Schienenverkehr) die Erschließung/Anbindung an das Zentrum Frankfurt erreichbar ist. (Anmerkung: Oft braucht man heute für die Fahrt nach Frankfurt zur Arbeitsstelle mehr als eine Stunde.) Zunehmender Warenfluß wird prophezeit: "Verlagerung der Lagerhaltung auf die Straße" . . . und dies führt insbesondere zu mehr Sendungen . . ."

"Bei anhaltenden Steigerungsraten im Luftverkehr könnten die Kapazitäten mittel- bis langfristig nicht ausreichen", kann man auch nachlesen - aber diese Sprüche kennen wir schon länger.

Kommunalpolitiker kommen ins Schwärmen

Wenn man die gesammelten Presseberichte der letzten Monate, die Aussagen von Landräten und Bürgermeistern dazu liest, spürt man, daß viele ins Schwärmen kommen, und die Industrieansiedlungswelle eu-

phorisch betrachten. Meist ist der Blick der Stadtoberen eng auf die Stadtkasse gerichtet, und so äußern Sie sich auch. Das merkt man, wenn es um FAG-Neubaupläne geht, oder auch bei der Vermarktung des ehemaligen Caltex-Geländes. "20000 Arbeitsplätze" können da entstehen. Aber auch in unserer Stadt hat man da oft die rosarote Brille auf. "Mörfelden-Walldorf will Mittelzentrum sein" war zu lesen. Oder: "3000 neue Arbeitsplätze in Mörfelden". Von "Standortgunst" wird gesprochen - aber die Folgelasten werden zu wenig problematisiert.

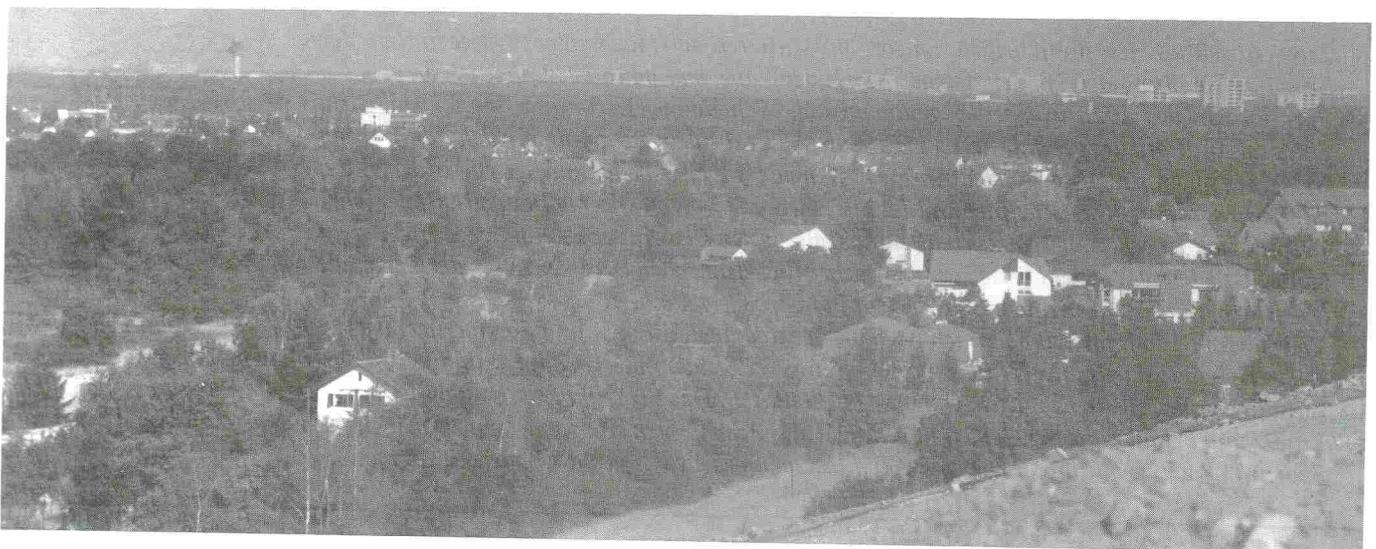
Was hinter den Plänen steckt

"Frankfurt muß mit London, New York und Tokio konkurrieren", war die Forderung des früheren CDU-Magistrats von Frankfurt. Die neuen Rot-Grünen-Koalitionen rücken von diesem Metropolen-Konzept nicht ab. Die beauftragten Institute machen dazu die Planungen, liefern die Munition.

Da wird im Speer-Papier "Kommunaler Egoismus" beklagt, aber "regionaler Egoismus" befürwortet. Gesamtgesellschaftliches Denken ist kaum zu finden.

Man will die Rhein-Main-Region weiter ausbauen und verdichten, damit sich hier auch morgen noch die Profite leicht realisieren lassen. Über Belastungsgrenzen liest man wenig.

R.D./R.H.



Es lohnt sich, von unserem Müllberg die Gegend zu betrachten. Der Flughafen liegt wie auf einem Präsentierteller. Die Frankfurter Sky-Line zum Greifen nahe, sichtbar die Hochhäuser in Langen, Rüsselsheim und anderswo. Sichtbar auch die gewaltigen Baumaßnahmen in unserem Industriegebiet, Zeichen des expandierenden Kapitals im Rhein-Main-Ballungsgebiet. Aber kein Grund für Euphorie. Alles ist zusammengedrückt, der Wald geschrumpft, überall Lärm, Beton, Verkehr. Der Siedlungsdruck nimmt zu, Flächen werden versiegelt, die Ent- und Versorgungsprobleme wachsen. Alle unsere Kommunalpolitiker sollten eigentlich den stinkenden Müllberg einmal erklettern - um dann langsam und nachdenklich wieder herabzusteigen.

Stadtgeschichten



Zum Abschluß der diesjährigen Saison präsentieren wir noch vier Wasserratten der Schwimmabteilung der "Freien Turner Mörfelden" aus dem Jahre 1930, die sich damals am Sprungturm des 1928 in Betrieb genommenen "Schwimm-, Luft- und Sonnenbad" dem Fotograf in Positur gesetzt hatten. Es waren die beiden Schwimmerinnen, mit ihren Mädchennamen, links Marie Schaffner, rechts Amalie (Male) Schellhammer, sowie in der Mitte, mit Rettungsring, Peter Schaffner und dahinter Georg Siegel. Die Kommunalpolitiker der Jahre 1926-28, waren schon ihrer Zeit recht voraus, als sie den Bau eines Schwimmbades in Angriff nahmen. Sicher war es der überwiegend fortschrittlich denkenden Bevölkerung in der Gemeinde Mörfelden zu verdanken, die hinter solchen Bauvorhaben stand.



Viele ältere Mitbürger erinnern sich noch an Sportveranstaltungen und Sommernachtsfeste im Waldschwimmbad, bei denen sich die Akteure der Wassersportabteilung bei Schwimmwettkämpfen und Wasserballturnieren aber auch beim abendlichen Fackel- und Figureschwimmen betätigten. Das Schwimmbad trug die vielen Jahrzehnte dazu bei, daß die Kinder und Schüler unserer Gemeinde sehr früh das Schwimmen erlernten, denn so manche Schulklasse zog während des Sportunterrichtes mit ihrem Lehrer freudig los, wenn es hieß "Pack' die Badehose ein".

DAS ALLERLETZTE

Kabarett ist was schönes. Es gibt Nachdenkliches, und man kann lachen. So auch beim "Knobi-Bonbon"-Abend in der Walldorfer Stadthalle.

"Ist der erste Bürgermeister da?" wurde von der Bühne gefragt. Schweigen im Saal (Brehl war nicht da.)
 "Ist der zweite Bürgermeister da?" war die nächste Frage. (Den gibt es ja

nicht - der 1. Stadtrat, zwar im Saal, verhielt sich aber ruhig).
 "Ist der dritte Bürgermeister da?" (Den gibt es zwar auch nicht). Aber da meldet sich einer mit "Ja, hier".
 Wers war? Drei Mal dürfen Sie raten.